

Hans Herbert von Arnim

Zur Rezension meines Buches „Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun“ durch Matthias Krupa, in: DIE ZEIT vom 29. Mai 2008

Ursprüngliche Fassung (die zur Veröffentlichung in DIE ZEIT vom 5. Juni, Seite 13, um zwei Drittel gekürzt werden musste)

Krupas Besprechung hat System. Der Kern seiner Kritik ist der Versuch, mich in eine Reihe mit deutschen Professoren der Weimarer Zeit zu stellen, die in den 20er und ersten 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts der 1919 überwundenen Monarchie noch anhängen, die Staatsform der Demokratie ablehnten und so den Weg für die Nazidiktatur mit bereiteten.

Ich kenne derartige Attacken vor allem von Politikern, die sich ertappt fühlen, gegen meine sachliche Kritik nichts mehr einzuwenden wissen und deshalb verbal unter die Gürtellinie schlagen. So stellte mich, um nur ein Beispiel zu nennen, 1995 der damalige Vizepräsident des Bundestags, Hans-Ulrich Klose, in eine Reihe mit Antidemokraten der Weimarer Republik, als ich die geplante sprunghafte Erhöhung der Bundestagsdiäten und ihre Ankoppelung an Bundesrichterbezüge kritisierte. Klose mäßigte sich erst und gab schließlich sogar dem Kritiker Recht, nachdem 86 Staatsrechtslehrer gegen das Vorhaben protestiert hatten und der Bundesrat schließlich seine Zustimmung verweigerte.

Mit seinem Versuch, mich in eine Ecke zu stellen, meint auch Krupa anscheinend, sich mit meinen Argumenten sachlich nicht mehr auseinanderzusetzen zu müssen. Das erleichtert die Arbeit gewaltig. Eine solche Rezension kann auch schreiben, wer von der Sache keine Ahnung hat oder das Buch nicht wirklich gelesen hat, sich dafür aber um so mehr als Gralshüter der politischen Korrektheit versteht – und sich über das einschlägige Kapitel im Buch („Politische Korrektheit: Öffentliches Leugnen privater Wahrheit“) erst recht provoziert fühlt.

Krupa übergeht geflissentlich, daß ich die Demokratie gerade nicht ablehne und schon gar nicht zur Monarchie neige, sondern im Gegenteil auf Verbesserung der Demokratie dränge. Dazu müssen natürlich zunächst einmal ihre Schwachstellen vorurteilsfrei analysiert werden. Demokratie ist mit der viel zitierten Formel des früheren amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln Herrschaft *durch* das Volk und *für* das Volk. Reformer müssen deshalb bestrebt sein, beides möglichst zu verbessern, den Einfluß des Volkes und die politische Entscheidungsfähigkeit. Krupa schiebt mir dagegen die Worte unter „mehr Volk und mehr Führung“ – eine Formulierung, die ich gar nicht gebrauche, offenbar zu dem Zweck, mir eine Nähe zum „Führerstaat“ anhängen zu können.

Stimmt es denn nicht, daß die Mitglieder des Bundestags in Wahrheit gar nicht durch das Volk gewählt sind, obwohl das Grundgesetz dies zwingend vorschreibt? Bestimmen denn nicht die Parteien, wer ins Parlament kommt? Wen sie in ihren Hochburgwahlkreisen aufstellen, der ist damit praktisch auch schon Abgeordneter. Und wer im Wahlkreis verliert, ist häufig auf der Liste abgesichert, so daß der Wähler auch ihm nichts anhaben kann. Aus dieser Entmachtung des Wählers mir nun aber das Ziel, die Opposition abschaffen zu wollen, unterzuschieben, ist eine geradezu diabolische Verdrehung, die allerdings vorzüglich in das von Krupa konstruierte Zerrbild meines Buches paßt.

Wenn das Volk seine Abgeordneten in Wahrheit aber gar nicht wählt, steht dann deren demokratische Legitimation nicht zwangsläufig in Frage? Und macht das die Notwendigkeit von Wahlrechtsreformen nicht erst recht deutlich?

Stimmt es denn nicht, dass die Kontrolle der Regierung durch die Parlamente weitgehend ausfällt; dass Regierungsmitglieder Sitz und Stimme im Parlament haben und dessen Mehrheit vor allem bestrebt ist, die Regierung zu stützen, statt sie öffentlich zu kritisieren, und dass die Opposition in Haushaltsfragen und in Untersuchungsausschüssen niedergestimmt wird? Gewinnt deshalb die Kontrolle durch andere Instanzen bis hin zum Wähler und Abstimmungsbürger nicht um so mehr Gewicht?

Stimmt es denn nicht, dass die Volkssouveränität nur eine Fiktion darstellt, wie auch andere Staatsrechtslehrer offen einräumen? Und gibt diese Erkenntnis der Forderung nach Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene nicht enormen Push?

Alle meine Thesen habe ich sorgfältig begründet, und auf keine dieser Begründungen geht Krupa auch nur mit einem Wort ein. Er erschöpft sich vielmehr darin, an gängige Vorurteile und Klischees zu appellieren, deren Vordergründigkeit und fehlende Stichhaltigkeit ich in meinem Buch gerade aufgedeckt habe.

Bei seiner Kritik an der von mir vorgeschlagenen Direktwahl von Bürgermeistern, Minister- und Bundespräsidenten verschweigt Krupa offenbar gezielt, daß ich, auch um historische Fehlentwicklungen zu vermeiden, gerade *nicht* für die Direktwahl des Kanzlers eintrete. Ohne diese Unterschlagung hätte er mir eine Neigung zum „Führerstaat“ schwerlich anhängen können – zum Schaden für sein ganzes Konstrukt. Denn direkt gewählte Bürgermeister, Ministerpräsidenten oder Bundespräsidenten begründen – angesichts ihrer begrenzten Befugnisse und der intakten Kontrollen – nun mal keinerlei Gefahr à la Hindenburg.

Die Demokratie zeichnet sich dadurch aus, daß sie von sachlicher Kritik lebt und so Missstände und Fehlentwicklungen korrigierbar bleiben. Ihre stete Erneuerungsfähigkeit unterscheidet sie von autoritären Systemen, die öffentliche Kritik untersagen und deshalb leicht versteinern bis hin zur schließlichen Implosion. Dazu gehört auch und erst recht radikale, d. h. an die Wurzel gehende, Kritik, auch wenn Verteidiger des Status Quo dies – und sei es nur aus mangelnder geistiger Durchdringung – nicht einsehen wollen.